

Ein Leben nach dem Endlager als Endlösung - Teil 6

Aktuell: Ahaus Großdemonstration am 9. März 2019 gegen Castortransporte –
nähere Infos auf <https://de.indymedia.org/node/28796>

- bitte gern weiterleiten -

Im Teil 1 brachten wir einzelne Zitate aus den Film-Reise-Berichten.

<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Ein-Leben-nach-dem-Endlager-als-Endl%C3%B6sung-Teil-1.pdf>

Im Teil 2,3,4 und 5 brachten wir weitere Meldungen vornehmlich zur Endlagerung.

Teil 2: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Ein-Leben-nach-dem-Endlager-Teil-2.pdf>

Teil 3: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Ein-Leben-nach-dem-Endlager-als-Endl%C3%B6sung-Teil-3.pdf>

Teil 4: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Ein-Leben-nach-dem-Endlager-Teil-4.pdf>

(Ergänzung zu 4: Mit den Unterzeichner*innen des Positionspapier „Zwischenlagerung hoch radioaktiver Abfälle“ von der Atom Müllkonferenz, einem regelmäßigen bundesweiten Treffen von Initiativen, Umweltverbänden und kritischen Wissenschaftler* innen: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Unterzeichner-Positionspapier-Anti-Atom-Konferenz.pdf>)

Teil 5: http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Ein-Leben-nach-dem-Endlager-als-Endl%C3%B6sung_-Teil-5.pdf

Ein Leben nach dem Endlager als Endlösung? – Teil 6

Wir bringen nun im Teil 6 wiederum weitere Meldungen vornehmlich zur Endlagerung:

Vorweg:

Ein Mitteilung vom Klimaschutzverein March:

Liebe Klimafreunde,
die im Hinblick auf die Abschaltungen von Windenergieanlagen schlimmsten Befürchtungen werden Gewissheit (siehe Artikel aus der Süddeutschen Zeitung: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Stromnetzblockade.pdf>).
Nun hat der international auf dem Terminmarkt gehandelte Strom in höchsten Maße Vorrang vor dem EEG-Strom. Das bedeutet, dass z.B. der in Schleswig-Holstein erzeugte Onshore Windstrom praktisch kaum noch abtransportiert werden kann. Der aus Schweden über Dänemark importierte Atomstrom (mittels norwegischer Wasserkraftzertifikate grün gewaschen) blockiert das Stromnetz zu 75%. Das bedeutet, dass von den technisch vorhandenen Kapazitäten in Verbindung mit

anderen restriktiven Regelungen das Stromnetz zwischen Kiel und dem Umspannwerk Hamburg Nord zu für die Ableitung von Windstrom 95,4% blockiert wird. Das Gleiche gilt natürlich z.B. auch für den Niederlande. Hier blockiert der von Deutschland exportierte Braunkohlestrom in den Niederlanden das Stromnetz und hat Vorrang vor dem in den Niederlanden erzeugten Windstrom, aber natürlich auch Vorrang vor dem im Emsland und Niedersachsen erzeugte Windstrom. Das gleiche Spiel in Richtung Polen und Tschechien. Die Windenergieanlagen in Ostdeutschland werden abgeregelt, da der in Deutschland bzw. Tschechien erzeugte Braunkohlestrom bzw. der in Polen in erzeugte Steinkohlestrom nun Vorrang vor dem in Ostdeutschland erzeugten Windstrom hat!

Es ist das absolute Worst Case-Scenario eingetroffen.

Ich hatte gehofft, dass wir vielleicht mit der EU Wahl noch eine EU-weite Vorrangregelung für erneuerbaren Strom implementieren und damit diesen energiewirtschaftlichen und klimapolitischen Irrsinn abwenden können. Es ist einfach nicht mehr zu fassen.

Viele Betreiber denken über die Abschaltung Ihrer EEG Anlagen nach.

Die ersten Kunden von uns haben bereits ihre Anlagen abgeschaltet.

Ich gehe derzeit davon aus, dass in einer ersten Stufe ca. 10% der Erzeugungsanlagen betroffen sein werden. D.h. hochgerechnet gehe ich davon aus, dass alleine unsere Kunden 400 MW erneuerbare Einspeiseleistung abgeschaltet werden oder von der Abschaltung zunächst von der Abschaltung ab 2020 bedroht sind.

Betroffen sind schon heute die umweltfreundlichen KWK Anlagen in der Wohnungswirtschaft, teilweise auch beim Gewerbe, aber auch Windparks, Biogasanlagen und sogar vereinzelt PV Anlagen.

Es war ein MFH Hauseigentümer bei uns im Büro, welcher die auf seinem Haus zur Versorgung seiner Mieter installierte PV Anlage wieder abbauen und verkaufen möchte, da mit der rückwirkend fälligen EEG Umlage die Anlage nur noch mit Verlusten betreiben kann (Inbetriebnahme 2013 d.h. vor dem EEG 2014!!!, fällt aber nicht unter die sog. Amnestieregelung).

Das Finanzamt bescheinigt ihm Liebhaberei. Damit wird die Abschreibung der Anlage versagt, hohe Steuernachzahlungen drohen.

Ebenso ein Wasserkraftbetreiber, welcher ebenfalls in großen finanziellen Schwierigkeiten steckt, da er für den Strom, welcher die Wasserkraftanlage gepachtet hat und nach unserer Auffassung die Anlage auch betreibt. Er wird jedoch vom ÜNB mit Gerichtsverfahren überzogen. Es steht die Drohung im Raum, dass die EEG Umlage rückwirkend auf den selbsterzeugten und verbrauchten Strom zu entrichten ist.

Die Sanktionen sind über alle Gebühr drakonisch. Teilweise verweigern die Netzbetreiber im Falle von Kombianlagen (mehrere Arten von PV, od. Biogas oder BHKW Anlagen) Biogasanlagenbetreibern und einem PV Anlagenbetreibern die Verfügung, da selbst die Netzbetreiber nicht in der Lage sind, die erforderlichen Messkonzepte umzusetzen und abzurechnen. Ein Teil dieser Fälle sind bereits vor Gericht, wo wir als öffentlich Gutachter vom Gericht bestellt wurden.

Die Betroffenen müssen sich bei den Banken teilweise Kredite in 5 stelliger Höhe beschaffen, in der Hoffnung die Liquiditätsengpässe überbrücken zu können. Notwendige Kredite zum Aufbau eines geplanten Nahwärmenetzes werden dem betroffenen Landwirt von den Banken vor diesen Hintergrund verweigert. Das Nahwärmenetz kann nun nicht gebaut werden, ist die Beheizung der Häuser in der Ortschaft mit der erneuerbaren Wärme ist nicht möglich.

Bei den betroffenen Betreibern handelt es sich um Menschen, Wähler, Milchbauern, Landwirte, sozial eingestellte Vermieter usw. und nicht um spitzfindige Juristen, welche den Wust von inzwischen weit mehr als 10.000 §§ überschauen können. Diese Menschen wollten mit ihren Engagement nicht nur der Umwelt, sondern auch ihren Mitmenschen Mietern, Nachbarn, der Dorfgemeinschaft eine wirtschaftliche und bezahlbare klimaschonende und umweltfreundliche Energieversorgung ermöglichen!

Teilweise sind äußern sich die Ehefrauen wie folgt: „Wenn wir das gewusst hätten, was da auf uns zukommt, hätten wir das Ganze niemals angefasst“.

Die Menschen sind verzweifelt und von der völlig ausufernden Bürokratie überfordert. Ja es müssen je nach Fall weit über 50 Regelungen beachtet werden. Lt. unserer Anwälte wurden wohl alleine im Jahr 2017 rd. 10.000 relevante Paragraphen geändert (ich habe Sie nicht gezählt). Aber selbst wir als energiewirtschaftliche Spezialisten haben inzwischen größte Mühe, auf all den Gebieten aktuell zu sein.

Insbesondere, dass bei der Vielzahl an Meldepflichten keine Fehler gemacht werden. Wer hier einen Leichtsinnsfehler begeht oder einen Zahlendreher z.B. bei der Eingabe der Nr. des Genehmigungsbescheides macht, kann gleich Insolvenz anmelden. Es drohen unter Umständen die Rückzahlung der gesamten erhaltenen EEG Vergütung! Wo bleibt hier die Verhältnismäßigkeit?

Wenn die gesetzlichen Regelungen nicht wieder vollständig in eine einfache und brauchbare Version überführt werden, ist es an der Zeit, dass wir uns von der Energiewende verabschieden. Eine 100% erneuerbare E-Versorgung ist mit den jetzigen Regelungen sowieso vollständig ausgeschlossen worden!

Selbstverständlich sind damit auch alle anvisierten Klima- CO2 Einsparziele nur noch Makulatur. Noch handelt es sich bei den erneuerbaren um ein zartes Pflänzchen, welches am gesamten Energiemarkt gerade einmal knapp 14% erreicht hat. Dass im Strombereich aufgrund dem mit aller Mühe vorgezogenen beschleunigten Aufbau von Windenergieanlagen entsprechend der Regelungen gemäß dem EEG 2014 (keine Ausschreibungspflicht) nun knapp 40% beim Strom erreicht haben, darf nicht über die reale Situation hinwegtäuschen.

Auch im Strombereich gab es entgegen den ständigen fake news noch in keiner einzigen ¼-Stunden einen erneuerbaren Stromüberschuss in Deutschland. Braunkohle- und Atomkraftwerke laufen fast gänzlich immer mit voller Leistung durch.

Für Rückfragen stehe ich jederzeit zur Verfügung

Mit sonnigen Grüßen

Christian Meyer (1. Vorsitzender)

Klimaschutzverein March

Weberstr. 43

79232 March

Tel: +49 (0) 7665 - 942324 - 17

Fax: +49 (0) 7665 - 942324 - 14

Mobil: Tel: +49 (0) 179 943 8329

meyer@energy-consulting-meyer.de

www.klimaschutzverein-march.de

Zur Info weitergeleitet

Mit solidarischen Grüßen

Antje und Dieter

www.antjeundieter.de mit Videos

u. a. im www.tlp.de/busverlag

Weitere Infos:

.) Warnung vor Risiko durch deutsche Atomanlagen: besonders ein AKW gefährlich - Höchster Stand seit 2011 - Atomkraftgegner warnen vor den Gefahren durch Atomkraftwerke in Deutschland. 79 meldepflichtige Ereignisse habe es in diesem Jahr in deutschen Atomanlagen gegeben. Die Zahl der meldepflichtigen Ereignisse in deutschen Atomanlagen ist nach Angaben der Anti-Atom-Organisation Ausgestrahlt in diesem Jahr auf den höchsten Stand seit 2011 gestiegen. Im Jahr 2018 wurden 79

Ereignisse gemeldet, wie die Organisation am Donnerstag mitteilte. An der Spitze stand demnach mit zehn Meldungen der Meiler in Brokdorf in Schleswig-Holstein. Wegen der Gefahren: Forderung nach schnellerem Ausstieg aus Atomenergie. Ausgestrahltsprecher Jochen Stay forderte einen schnelleren Ausstieg aus der Atomenergie in Deutschland. "Nur weil der Ausstieg für 2022 beschlossen ist, bedeutet dies nicht, dass Atomkraftwerke weniger gefährlich werden", erklärte Stay. Je älter die Anlagen würden, desto anfälliger werde die Technik. Deshalb müssten die sieben noch laufenden Atomkraftwerke bereits jetzt abgeschaltet werden, betonte er:
<https://www.merkur.de/politik/warnung-vor-risiko-durch-deutsche-atomanlagen-besonders-ein-akw-gefaehrlich-zr-10919109.html>

.) Ex-AKW-Manager sollen wegen Fukushima in Haft - Tokio - Wegen der Atomkatastrophe in Fukushima vor fast acht Jahren haben Staatsanwälte in Japan Haftstrafen für drei frühere Topmanager des verantwortlichen Kraftwerksbetreibers Tepco gefordert. Wenn sie vorhandene Informationen gesammelt und notwendige Sicherheitsmaßnahmen ergriffen hätten, wäre die Atomkatastrophe vermeidbar gewesen, argumentierte die Staatsanwaltschaft am Mittwoch vor dem Bezirksgericht in Tokio. Im Kraftwerk Fukushima Daiichi im Nordosten des Inselreiches war es am 11. März 2011 in Folge eines gewaltigen Tsunamis zum Super-Gau gekommen. Die drei Angeklagten haben auf unschuldig plädiert. Als Folge der Kernschmelzen in den Fukushima-Reaktoren mussten rund 160 000 Anwohner fliehen. Mehr als 30 000 können noch immer nicht zurück. Es war die schlimmste Katastrophe seit Tschernobyl 1986. dpa/nd: https://www.neues-deutschland.de/artikel/1108755.ex-akw-manager-sollen-wegen-fukushima-in-haft.html?pk_campaign=Newsletter

.) Asse II „Geh' denken!“ - Auch dieses Jahr fand wieder der traditionelle „Neujahrsspaziergang vor Ort“ statt. Treffpunkt 14 Uhr vor der Schachtanlage Asse II, Am Walde 2 in Remlingen. Es ist ein besonderer Tag – 40 Jahre vorher endete die Einlagerung von radioaktivem und chemotoxischen Müll in die Schachtanlage Asse II, da sonst das gesetzliche Planfeststellungsverfahren notwendig geworden wäre. Bis zum 31.12.1978 wurde deshalb noch sämtlicher – nicht offensichtlich hoch radioaktiver Müll – eingelagert. Der Radioökologe, Dr. Rainer Gellermann, der sich auf Bitten der Wolfenbütteler AtomAusstiegsGruppe seit Januar 2017 die Daten der Umgebungsüberwachung angesehen hat, wird über seine Feststellungen der mangelnden Qualitätskontrolle und über die angegebenen hohen Blei-Werte berichten. Außerdem wird berichtet, was in den vier Jahrzehnte seit Ende der Einlagerung passiert ist und wer einer der – in der Öffentlichkeit bisher kaum als solcher wahrgenommener – Gewinner der Einlagerung und deren Folgen ist. Klar ist, dass sich auch hier der Spruch der Schweizer „Kernfrauen“ bewahrheitet: „Die Ewigkeitslast Atommüll verzeiht weder Fehlentscheide, Experimente noch Scheinlösungen.“ Deshalb bedarf es der Aufmerksamkeit der BürgerInnen und

Bürger. Die Wolfenbütteler AtomAussteigsGruppe lädt alle Interessierten herzlich ein, sich am Neujahrstag zu informieren, Informationen einzubringen und sich auszutauschen, kurz: „Geh’ denken!“: <https://waagwf.wordpress.com/2018/12/26/asse-ii-geh-denken/>

.) Schacht Konrad: Das Gebirge bewegt sich - Tonschicht sorgt für Schwierigkeiten beim Bau des Atommüllendlagers in Salzgitter - „Bergleute mögen Ton nicht besonders“ Der Bau des Atommüllendlagers Schacht Konrad in Salzgitter stellt Ingenieure und Bergleute weiter vor Herausforderungen. Beim Auffahren des sogenannten Füllortes, das in einer tonhaltigen Schicht liegt, seien Gebirgsbewegungen „im Zentimeterbereich“ beobachtet worden, teilte die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mit. Das (sic!) Füllort ist im Bergmannsspreck der Bereich des künftigen Endlagers, an dem die leicht und mittelschwer strahlenden Atomabfälle in den Schacht kommen und zu den Einlagerungskammern gebracht werden. Auch wenn es sich bei Teilen von Schacht Konrad, der seit 2007 zum Endlager umgebaut wird, um ein ehemaliges Eisenerzbergwerk handelt, ist das Füllort ein neues Bauwerk. Auswirkungen auf die Sicherheit haben die Bewegungen der BGE zufolge aber nicht. „Das Ausbaukonzept des Endlagers Konrad ist so ausgelegt, dass Bewegungen aufgenommen werden können“, sagte Sprecherin Dagmar Dehmer. „Unser Ausbausystem hat zum Ziel, Bewegungen zu kontrollieren und nicht zu stoppen.“ Um den Verbund des Gebirges zu erhalten, wollen die Bergleute an problematischen Stellen weitere Anker in das Gestein schlagen. Die zusätzlichen Arbeiten nähmen einen Zeitraum von etwa zwei Wochen in Anspruch, erläuterte Dehmer. Um diesen Zeitraum verlängere sich die Auffahrung des Füllortes, nicht aber der Endtermin zur Errichtung des Endlagers. „Bergleute mögen das Auffahren von Strecken im Ton nicht besonders“, sagte der technische BGE-Geschäftsführer Thomas Lautsch. „Umso besser, dass wir jetzt unsere ersten Erfahrungen damit machen.“ Durch den Umgang mit der Tonschicht könne einiges für ein mögliches künftiges Erkundungsbergwerk im Ton gelernt werden. Denn bei der angelaufenen Suche nach einem Standort für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle gilt Ton neben Salz und Granit als ein mögliches Wirtsgestein, in dem nach einem geeigneten Endlagerstandort gesucht werden könnte. Die BGE ist seit dem April 2017 Betreiber von Schacht Konrad. Dort sollen bis zu 303.000 Kubikmeter Atommüll eingelagert werden. Dazu werden die bestehenden Schächte des ehemaligen Eisenerzbergwerks modernisiert und komplett neue Einlagerungstunnel errichtet. Erst im Frühjahr war bekannt geworden, dass sich die Einlagerung von Atommüll um viereinhalb Jahre verzögert. Das Endlager soll nun 2027 in Betrieb gehen. Aktuell werden die Baukosten mit 4,2 Milliarden Euro beziffert – ursprünglich waren 900 Millionen Euro kalkuliert worden. <https://www.taz.de/!5555325/>

.) Brennelemente-Zwischenlager - Die KFD hat beschlossen, die „Ahauser Erklärung“ unterschreiben. In einer Pressemitteilung erklärt der Verein, warum. Mit großer Mehrheit hat die Diözesanversammlung Münster der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (KFD) entschieden, die „Ahauser Erklärung“ zu unterschreiben. Das teilt die KFD in einer Pressemitteilung mit. Der größte Frauenverband im Bistum Münster unterstützt damit die Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“, die fordert, dass keine weiteren Atommüll-Transporte nach Ahaus stattfinden. Stattdessen sollen Konzepte entwickelt werden, wie der Atommüll bei den Erzeugern sicher gelagert wird, bis ein Endlager gefunden ist. Hintergrund sei, dass eine politische Richtungsänderung vorsehe, dass der hochaktive Müll noch Jahrzehnte im Brennelemente-Zwischenlager Ahaus (BZA) verbleiben soll, der schwachaktive Müll sogar ohne zeitliche Begrenzung. „Ahaus würde damit faktisch zu einem Endlager“, schreibt die KFD. Darüber hinaus sollen ab 2019 weitere große Mengen hochradioaktiven Mülls aus Garching und Jülich nach Ahaus gebracht werden. „Die Hin- und Hertransporte von Atommüll quer durch Deutschland stellen zudem ein erhebliches Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung dar“, so die KFD: <https://www.ruhrnachrichten.de/nachrichten/ahaus/kfd-unterstuetzt-die-ahauser-erklaerung-gegen-atommuell-transporte-1360109.html>

.) Tihange und Doel: Laschet und Baden-Württemberg streiten über Brennelemente

- Franz Untersteller geht es nur um die Sache. Das betont der baden-württembergische Umweltminister immer wieder. Und für die Sache hat der Grünen-Politiker sich recht kurzfristig am Freitagmorgen entschieden, seinen Antrag zum Stopp von Brennelement-Exporten an AKW wie Tihange und Doel im Bundesrat von der Tagesordnung nehmen zu lassen. „Wir haben den Antrag zurückgesetzt, weil sich am Donnerstagabend abgezeichnet hat, dass unsere sicher geglaubte Mehrheit gekippt war“, sagte Untersteller im Gespräch mit unserer Zeitung. Intervenierete Laschet persönlich? Mehrheiten kippen aber nicht einfach mal eben. Vielmehr ist es wohl so, dass das Land NRW dem Land Baden-Württemberg einen Strich durch die Rechnung gemacht hat. Aus informierten Kreisen in Berlin heißt es, NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) persönlich habe bei den anderen Länderchefs interveniert. Offenbar mit Erfolg. Nun setzt Baden-Württemberg auf den Dialog mit NRW. Doch hier zeigt man sich verhalten. Aus der NRW-Staatskanzlei hieß es recht kühl, Laschet unterstütze alles, was zur Schließung von Tihange führe. Die Texte aus Baden-Württemberg seien dazu aber nicht geeignet. Laschet sagte unserer Zeitung: „Der unausgegorene Antrag von Baden-Württemberg hätte unseren Kampf für die Abschaltung von Tihange geschwächt. Die grüngeführte Landesregierung hat ihn aus guten Gründen heute Morgen im Bundesrat zurückgezogen.“ NRW werde weiter konsequent, mit einer eigenen Initiative und

rechtlich sicher den Plan verfolgen, Tihange vom Netz zu nehmen.“ Eine Sprecherin des NRW-Energieministeriums ergänzte, man setze weiter auf den üblichen fachlichen Austausch. Es ist ein komplizierter Streit. Die Länder sind sich in der Sache einig, aber nicht bei den Mitteln. Baden-Württemberg hatte vor einem Monat einen Antrag „zur Reduktion des von grenznahen Kernkraftwerken ausgehenden Risikos für die Bevölkerung Deutschlands“ in den Bundesrat eingebracht. Das Land fordert darin den Lieferstopp für AKW, deren Katastrophenschutz-Radius von 200 Kilometern deutsches Bundesgebiet berührt. Das betreffe umstrittenen grenznahen Meiler wie Tihange und Doel in Belgien und Fessenheim in Frankreich. Außerdem sieht der Antrag der grün-schwarzen Landesregierung vor, keine Anlagen mit Brennelementen aus Gronau und Lingen mehr zu beliefern, die älter als 30 Jahre sind. NRW ist grundsätzlich auch für einen Exportstopp der Brennelemente etwa nach Belgien, schließlich fordert Laschet immer wieder, dass das AKW Tihange abgeschaltet werden soll. Aber NRW glaubt, dass der Antrag Baden-Württembergs nicht mit Europarecht vereinbar wäre. Die Staatskanzlei in Düsseldorf hatte angekündigt, das Land werde sich bei der Abstimmung am Freitag enthalten. Dazu kam es dann gar nicht erst. Dabei hatte es in den Fachausschüssen des Bundesrats nach Informationen unserer Zeitung eine Mehrheit für den Antrag aus Baden-Württemberg gegeben – auch aus Ländern, bei denen die Unionsparteien mitregieren. Doch das änderte sich wohl in letzter Minute. Aus informierten Kreisen in Berlin heißt es, Laschet soll beim traditionellen Kaminesgespräch der Bundesländer mit Unions-Regierungsbeteiligung am Vorabend der Bundesratssitzung die Kollegen in die Pflicht genommen haben, gegen den baden-württembergischen Antrag zu stimmen oder sich zu enthalten. Ein Sprecher der NRW-Staatskanzlei sagt dazu auf Anfrage, dass NRW seit Wochen im Vorfeld des Bundesratsplenums für seinen eigenen (rechtskonformen) Antrag zur Schließung von Tihange geworben habe. „Das haben wir auch den anderen Ländern so erklärt. Viele Länder haben sich dieser Ansicht angeschlossen“, sagte der Sprecher. Der Gegenantrag aus NRW hätte den baden-württembergischen „überschreiben“ sollen. Der NRW-Antrag bestand vor allem aus der Aufforderung an die Bundesregierung, die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages umzusetzen; eine Bitte an Berlin, einen Exportstopp zu prüfen. Für die Grünen ist der Vorgang irritierend. Der stellvertretende Fraktionsvize im Bundestag, Oliver Krischer, kritisiert NRW. „Dass ausgerechnet Armin Laschet eine klare Beschlussfassung des Bundesrates verhindert, ist ein Unding. Jeder vernünftige Mensch würde erwarten, dass NRW die Initiative aus Baden-Württemberg unterstützt“, sagte Krischer unserer Zeitung. Laschet habe alles in Bewegung gesetzt, um eine klare Positionierung des Bundesrates zu verhindern. Der Kritisierte kontert: „Es wäre besser für den politischen Diskurs, wenn sich alle Beteiligten sachkundig machen würden, bevor sie Pressestatements abgeben“, sagte Laschet. „Den Menschen in der Aachener Region geht es zunehmend auf die Nerven, dass Herr

Krischer nicht parteiübergreifend an der Schließung von Tihange mitarbeitet.“ Laschet wirft Krischer zudem vor, die Menschen mit Falschmeldungen zu verunsichern. Der baden-württembergische Umweltminister hat schon mit Vertretern der NRW-Landesregierung gesprochen und setzt auf eine konstruktive Zusammenarbeit und auf einen Erfolg. „In der Politik muss man immer optimistisch sein“, sagte Untersteller. Bei der Rhetorik Laschets und Krischers stehen die Vorzeichen aber nicht unbedingt auf Entspannung. Sollten sich NRW und Baden-Württemberg nicht einigen, wird Untersteller es bei der kommenden Bundesratssitzung im Dezember erneut mit seinem bisherigen Antrag versuchen: https://www.aachener-zeitung.de/nrw-region/tihange-laschet-und-baden-wuerttemberg-streiten-ueber-brennelemente_aid-34678117

.) Tschernobyl-Ruine: Sicherer Einschluss verzögert sich erneut - Der sichere Einschluss der Reaktor-Ruine im ukrainischen Tschernobyl verzögert sich erneut. Wie die Bundesregierung auf Anfrage der Grünen mitteilte, kann die neue Schutzhülle nach mehrfacher Verschiebung auch in diesem Jahr nicht wie geplant in Betrieb gehen. Grund sei stärkere radioaktive Strahlung, der die Arbeiter während der Installation ausgesetzt waren und derentwegen sie öfter und länger pausieren mussten. Das geht aus der Antwort des Ministeriums hervor, über die das „Redaktionsnetzwerk Deutschland“ berichtet. Zudem hätten die Tests des Belüftungssystems, von dem die Lebensdauer des neuen Sarkophags abhängt, mehr Zeit beansprucht. Noch im Frühjahr hatte das Umweltministerium angegeben, der Betrieb könne Ende 2018 starten. Mit der erneuten Verschiebung hat sich die Fertigstellung des neuen Sicherheitssystems für den Katastrophenreaktor gegenüber den Ursrungsplänen bereits jetzt um mehr als 14 Jahre verzögert. Laut dem Schreiben rechnet die Bundesregierung, die sich mit mehr als 125 Millionen Euro an dem Neubau beteiligt hat, nun mit einer Inbetriebnahme bis Ende April nächsten Jahres. Noch später kann das geplante Atommüll-Zwischenlager für den Tschernobyl-Komplex in Betrieb genommen werden: Derzeit werde von einem Projektabschluss im Januar 2020 ausgegangen, so die Bundesregierung. Die Vorsitzende des Umweltausschusses, Sylvia Kotting-Uhl (Grüne), wies darauf hin, dass nach Fertigstellung des Sarkophags in Tschernobyl die größte Herausforderung erst noch bevorstehe: Schwieriger als der Bau der neuen Schutzhülle werde es, die anstehende Kernschmelze und die radioaktive Ruine zurückzubauen, sagte sie dem „Redaktionsnetzwerk Deutschland“. „Dagegen sind die beiden Neubauten ja nur die ‚leichten‘ Etappen. Ähnlich sieht es in Fukushima aus“, so die Grüne. „Das zeigt, dass die Welt mit der Atomkraft ganz offensichtlich überfordert ist.“ Die Bundesregierung müsse mehr für AKW-Abschaltungen in Europa tun. Die neue Schutzhülle für den 1986 havarierten Reaktor wurde nötig, weil der nach dem Super-GAU errichtete Sarkophag die Strahlung im Inneren nicht verlässlich abschirmt und die Ruine zudem einsturzgefährdet ist. Bei einem Kollaps würden erneut große Menge radioaktiven

Materials aufgewirbelt und freigesetzt: <https://www.fuldainfo.de/tschernobyl-ruine-sicherer-einschluss-verzoegert-sich-erneut/>

.) Probleme beim Bau - Warten auf die neue Tschernobyl-Hülle - Der sichere Einschluss der Reaktor-Ruine im ukrainischen Tschernobyl verzögert sich erneut. Wie die Bundesregierung auf Anfrage der Grünen mitteilte, kann die über fast 20 Jahre erbaute neue Schutzhülle nach mehrfacher Verschiebung auch in diesem Jahr nicht wie geplant in Betrieb gehen. Noch im Frühjahr hatte das Bundesumweltministerium (BMU) angegeben, der Betrieb könne Ende 2018 starten. Grund sei, dass die Arbeiter sich zur Installation von Membranen, die die Hülle mit den vorhandenen Gebäuden verbinden, größerer radioaktiver Strahlung aussetzen mussten als erwartet. Sie hatten deshalb länger pausieren müssen, erklärte das Bundesumweltministerium (BMU) in einem Schreiben. Zudem hatten die Tests des Belüftungssystems, von dem die Lebensdauer des neuen Sarkophags abhängt, mehr Zeit beansprucht. Damit hat sich die Fertigstellung des neuen Sicherheitssystems für den Katastrophenreaktor gegenüber den Ursrungsplänen schon jetzt um mehr als 14 Jahre verschoben. Laut dem Schreiben rechnet das Umweltministerium nun mit einer Inbetriebnahme bis Ende April nächsten Jahres. Inzwischen seien „die zentralen Baumaßnahmen und Systeminstallationen weitgehend abgeschlossen“, so die Bundesregierung. „Neben einigen Restarbeiten erfolgen derzeit im Wesentlichen Funktions- und Abnahmetests.“ Noch später kann das geplante Atommüll-Zwischenlager für den Tschernobyl-Komplex in Betrieb genommen werden: Derzeit werde von einem Projektabschluss im Januar 2020 ausgegangen, so die Bundesregierung. Die Bundesrepublik beteiligt sich an den Kosten für die neue Schutzhülle mit einem dreistelligen Millionenbetrag, den sie bislang nicht genau veröffentlicht hat. Allein das BMU hat insgesamt rund 123 Millionen Euro beigesteuert. Auch die Kosten hatten sich im Lauf der Jahre deutlich erhöht und überstiegen bereits 2004 die Grenze von einer Milliarde Euro. Auslegung und Bau waren 1999 an ein Konsortium unter Leitung des französischen Atomkonzerns Framatome vergeben worden und sollten damals bis 2004 beendet sein. Die neue Schutzhülle für den 1986 havarierten Reaktor wurde nötig, weil der nach dem Super-GAU errichtete Sarkophag die Strahlung im Inneren nicht verlässlich abschirmt und die Ruine zudem einsturzgefährdet ist. Bei einem Kollaps würden erneut große Mengen radioaktiven Materials aufgewirbelt und freigesetzt. Für die Vorsitzende des Umweltausschusses, Sylvia Kotting-Uhl, zeigt die Verzögerung die Überforderung der Menschheit durch die Atomkraft. Selbst nach Fertigstellung des Sarkophags stehe in Tschernobyl mehr als drei Jahrzehnte nach dem Unfall die größte Herausforderung erst noch bevor, sagte die Grünen-Abgeordnete. Noch schwieriger als der Bau der neuen Schutzhülle werde es, die radioaktive Ruine zurückzubauen, so Kotting-Uhl. „Dagegen sind die beiden Neubauten ja nur die ‚leichten‘ Etappen. Ähnlich sieht es

in Fukushima aus.“ <http://www.fr.de/wirtschaft/probleme-beim-bau-warten-auf-die-neue-tschnobyl-huelle-a-1642911>

.) **Atomkraftwerk Brunsbüttel soll abgerissen werden** - Schleswig-Holsteins Umweltministerium genehmigt das Rückbau-Konzept von Betreiber Vattenfall, aber das Zwischenlager mit Castoren bleibt. Das Atomkraftwerk Brunsbüttel an der Unterelbe wird abgerissen. Den mehr als 700 Seiten dicken Genehmigungsbescheid für den „Rückbau“, wie die Demontage des Meilers offiziell heißt, hat Schleswig-Holsteins Umweltminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) an Pieter Wasmuth, Norddeutschland-Chef von Betreiber Vattenfall, überreicht. „Der Atomausstieg wird nun auch in Schleswig-Holstein für jedermann sichtbar“, sagt Albrecht. Damit beginnt die letzte Etappe für den ältesten Atomreaktor im nördlichsten Bundesland: Mitte der 2030er-Jahre werde „eine grüne Wiese an der Stelle des Kraftwerks“ sein, verspricht Wasmuth. Das aber wird er schwerlich halten können. Denn noch lange Jahre werden dort zwei Zwischenlager betrieben werden: Eine seit 2006 existierende Halle für maximal 80 Castor-Behälter mit verbrauchten Brennstäben und ein neues Lager, in dem 631 verrostete Fässer mit schwach- und mittelradioaktivem Abfall verwahrt werden müssen, die seit Anfang 2016 aus den Kavernen des Meilers geborgen wurden. Diese Fässer sollen irgendwann ins niedersächsische Endlager Schacht Konrad gebracht werden – wenn dieses denn mal verfügbar ist. Und Zwischenlager für den stark strahlenden Schrott sollen an allen Reaktorstandorten so lange betrieben werden, bis Deutschland ein atomares Endlager gebaut hat. Optimisten gehen davon aus, dass dies vielleicht 2050 der Fall sein könnte – wo auch immer. Anwohner argwöhnisch - Karsten Hinrichsen bleibt deshalb voller Argwohn. „Voller unnötiger Belastungen für Mitarbeiter, Anwohner und Umwelt“ sei die Planung, kommentiert der Meteorologe aus Brokdorf, seit über 30 Jahren Ikone der Anti-Atom-Bewegung an der Unterelbe. Betreiber Vattenfall gehe es bei seinem Konzept vor allem darum, „möglichst viel Deponieraum zu sparen und dafür Menschen und Natur als Billigdeponie zu missbrauchen“, vermutet er. Auf dieses Geschenk zu seinem 76. Geburtstag lege er „keinen besonderen Wert“ – auch nicht auf die beiden „meldepflichtigen Ereignisse“, über die Vattenfall am Donnerstag die Atomaufsicht informieren musste: Eine gebrochene Leckageleitung und der Ausfall einer Brandmeldeeinrichtung gehören allerdings zum Alltag in dem Pannenreaktor. **Das Atomkraftwerk** Brunsbüttel ist das älteste in Schleswig-Holstein – und soll als erstes wieder verschwinden. **Der Bau begann** am 15. April 1970, der Betriebsbeginn war am 9. Februar 1977. **Bauherren und Eigentümer** waren zu 67 Prozent die Hamburgischen Electricitäts-Werke (HEW) und zu 33 Prozent die Hannoveraner Preussen Elektra, eine 100-prozentige Tochter des Energiekonzerns Eon. Die HEW gingen 2002 im schwedischen Energiekonzern Vattenfall auf. **Die Stilllegung** erfolgte nach der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima am 6. August 2011. Zu diesem

Zeitpunkt war der Atommeiler, einer der störanfälligsten in Deutschland überhaupt, bereits seit 21. Juli 2007 abgeschaltet. Außerdem gibt es noch einen Berg an Problemschrott: Laut Vattenfall hat der Meiler Brunsbüttel eine Masse von etwa 300.000 Tonnen, davon müssten lediglich „2 % und damit ca. 6.000 t als radioaktiver Abfall endgelagert werden“, ist in den „Fragen und Antworten“ zum Rückbau von Brunsbüttel auf der Website von Vattenfall zu lesen. Die große Restmenge könne „so weit dekontaminiert (gesäubert) werden“, dass sie als nicht-radioaktive Stoffe „entsorgt oder rezykliert werden können“. Albrecht versichert, dass dies aber noch „der ausdrücklichen Zustimmung der Reaktorsicherheitsbehörde“ in seinem Ministerium bedürfe. Was Hinrichsen nicht beruhigt. Mit „willkürlichen Grenzwerten“ könne die Menge des angeblich ungefährlichen Schrotts nach Belieben gesteigert werden, vermutet er. „Der Tenor von Vattenfall ist: Je mehr radioaktiven Abfall wir in die Umwelt entlassen können, umso weniger kostet uns die Entsorgung“, lautet seine Interpretation. „Das Ziel ist ein sehr schlanker Abriss.“ Ähnlich sieht das auch Ole Eggers. „Der vorbeugende Strahlenschutz wird nicht ernst genug genommen“, klagt der Landesgeschäftsführer des Umweltverbandes BUND. Nach den Empfehlungen der Expertenkommission der Bundesregierung sollen Abfälle mit einer Strahlenbelastung von weniger als zehn Mikrosievert als unbedenklich eingestuft und auf gewöhnlichen Deponien gelagert werden dürfen. Zehn Mikrosievert pro Jahr entspricht einem Hundertstel der Belastung bei einer Computertomographie. Dennoch gilt dieser Grenzwert Atomkritikern als viel zu hoch. „Der Strahlenschutz der Bevölkerung und der Umwelt geht vor“, sagt Eggers. Vattenfalls Rückbaukonzept, welches das Umweltministerium jetzt genehmigt hat, „werden wir sehr genau prüfen und bewerten“, versichert Eggers – anschließende Gerichtsverfahren nicht ausgeschlossen: <http://www.taz.de/Atomkraftwerk-kann-abgerissen-werden/!5557934/>

.) Morsleben will Entschädigung - Landrat Martin Stichnoth (4. v. r.) und Verbandsgemeindebürgermeister Mathias Weiß (4. v. l.) hatten Vertreter aus Niedersachsen, dem Landkreis Börde und der Gemeinde Ingersleben zum Gespräch in das Infohaus des Endlagers Morsleben geladen. Mit dabei war auch Niedersachsens Vize-Landtagspräsident Frank Oesterhelweg (Mitte). Foto: Thomas Junk. Morsleben hat ein Imageproblem. Durch das Atommülllager hat der Ort einen schlechten Ruf. Ein Strukturfonds soll helfen. Wer Morsleben hört, denkt sofort an Atommüll. Und das ist nahezu bundesweit so. Der Ort steht als Sinnbild für die Lagerung von schwach radioaktiven Abfällen. Bei solchen Assoziationen fällt es der Gemeinde natürlich schwer, Menschen davon zu überzeugen, hier zu leben, hier eine Familie zu gründen oder Firmen eine Ansiedlung schmackhaft zu machen. Die Angst vor den radioaktiven Abfällen 400 Meter tief unter der Erde ist einfach zu groß. Um diesen erheblichen Imageschaden auszugleichen, möchte die Gemeinde Ingersleben

Landesrecht“, sagte Verbandsbürgermeister Mathias Weiß. Der Zukunftsfonds Asse erhält jährlich drei Millionen Euro vom Bund, der Konrad-Fonds etwa 700.000 Euro: <https://www.volksstimme.de/lokal/haldensleben/endlager-morsleben-will-entschaedigung>

.) Atommüll wird Allgemeingut - Tausende Tonnen hochradioaktiver Abfälle werden Allgemeingut. Zum 1. Januar 2019 übernimmt die Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) alle Standort-Zwischenlager der deutschen Kernkraftwerke. Auch das Zwischenlager am Atomkraftwerk Gundremmingen geht ins Eigentum der Bundesrepublik Deutschland über. In der Lagerhalle stehen bislang 60 Castor-Behälter mit insgesamt etwa 540 Tonnen ausgedienter Brennelemente. Geschäftsgrundlage der BGZ ist das „Gesetz zur Neuordnung der Verantwortung in der kerntechnischen Entsorgung“. Demnach sind die Betreiber der Kernkraftwerke für deren Rückbau und Stilllegung verantwortlich sowie für die „fachgerechte Verpackung der radioaktiven Abfälle“. Aufgabe der BGZ ist die „zuverlässige und sichere Zwischenlagerung“ des strahlenden Kraftwerks-Mülls. Diese Abfälle haben es in sich. In jedem der 60 Castor-Behälter, die bisher ins Zwischenlager auf dem Kraftwerksgelände in Gundremmingen transportiert wurden, befinden sich 52 Brennelemente. Diese knapp 4,50 Meter langen Bündel von Brennstäben sind zwar für den Kraftwerksbetrieb nicht mehr tauglich, ihre Radioaktivität ist aber noch immer enorm. Pro Castor sind laut dem Hersteller GNS (Gesellschaft für Nuklear-Service) bis zu 1730 Peta-Bequerel zulässig. Zum Vergleich: Bei der Atom-Katastrophe von Tschernobyl im Jahr 1986 wurden 5200 Peta-Bequerel freigesetzt. 2011 in Fukushima waren es laut dem Kraftwerksbetreiber Tepco 900 Peta-Bequerel. Bis 2046 genehmigt. Die im Jahr 2006 in Betrieb genommene Lagerhalle bietet noch reichlich Platz für weitere Castoren. 192 dieser etwa 5,50 Meter hohen und mehr als 100 Tonnen schweren Behälter dürfen dort aufgestellt werden. Genehmigt ist der Betrieb bis August 2046. Tobias Schmidt, Pressesprecher der BGZ und bis März dieses Jahres Sprecher des Kernkraftwerks Gundremmingen, erläutert, was dann mit dem hochradioaktiven Abfall passieren soll: Dem Standortauswahl-Gesetz zufolge steht bis 2031 fest, wo in Deutschland ein Endlager für den Atommüll gebaut wird. Bis 2050 soll dieses Endlager in Betrieb gehen. Am Standort des Endlagers ist zudem ein sogenanntes Eingangslager vorgesehen, das zu Beginn der 2040er Jahre genehmigt werden soll. „Dadurch kann mit der Räumung der Standort-Zwischenlager vor Inbetriebnahme des Endlagers begonnen werden.“ In Gundremmingen machen zum 1. Januar vier Mitarbeiter den Betriebsübergang von der Kraftwerksgesellschaft zur BGZ mit. Zudem werde die BGZ auf Mitarbeiter des Kraftwerks und auf externe Dienstleister zurückgreifen, sagt Schmidt. Als Beispiele nennt er den Werkschutz, die radiologische Überwachung und die Instandhaltung des Lagerkrans. Langfristiges Ziel sei „der autarke Betrieb“ des Zwischenlagers,

einschließlich räumlicher Trennung von Halle und Kraftwerk. Außer der Lagerhalle in Gundremmingen übernimmt die BGZ elf weitere Standort-Zwischenlager – darunter zwei in Baden-Württemberg bei den Kraftwerken Neckarwestheim und Phillipsburg sowie zwei in Bayern, in Grafenrheinfeld und bei Landshut (Isar). Für die Kraftwerksbetreiber hat sich damit die Sorge um Zwischen- und Endlagerung des bisherigen und künftigen radioaktiven Mülls erledigt. Dafür haben die Konzerne in den Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung eingezahlt: 24,1 Milliarden Euro. Genehmigung zum Rückbau steht noch aus. Antrag - Am 31. Dezember 2017, ist Block B des Kernkraftwerks Gundremmingen abgeschaltet worden. Die Genehmigung für den Rückbau erwartete die damalige Geschäftsführung für März 2018. Doch bislang ist vom bayerischen Umweltministerium, der Genehmigungsbehörde, kein Bescheid gekommen. Ein Sprecher des Ministeriums teilt dazu mit: „Die Antragsunterlagen des Betreibers werden von den zuständigen Behörden eingehend geprüft. Die Sicherheit von Mensch und Umwelt steht an erster Stelle. Zum Zeitpunkt einer möglichen Genehmigungserteilung kann gegenwärtig keine Aussage getroffen werden.“ Betrieb Block C des Kraftwerks ist noch in Betrieb. Dort werden auch gebrauchte Brennelemente aus dem abgeschalteten Block B eingesetzt. So könne die Menge radioaktiver Abfälle verringert werden, teilt das Kraftwerk mit. Ende 2021 muss auch Block C der 1984 ans Netz gegangenen Anlage abgeschaltet werden:
<https://www.swp.de/suedwesten/landkreise/kreis-neu-ulm-bayern/atommuell-wird-allgemeingut-28802632.html>

.) Suche nach Atommüllendlagern - Auf uraltem Salz gebaut - In den Landkreisen Verden und Rotenburg gibt es unterirdische Salzstrukturen, die womöglich ab dem Jahr 2050 als Endlager für Atommüll genutzt werden könnten. Jedoch hat die Standortsuche erst begonnen. Von der Erdoberfläche nicht zu erkennen, liegen die geologischen Salzstrukturen doch in mehreren hundert Metern Tiefe in der oberen Erdkruste verborgen. Im Landkreis Verden befinden sich gleich zwei solcher weitläufigen Strukturen. Eine führt auf einer Länge von knapp 36 Kilometern von Quelhorn über Schaphusen, Thedinghausen und Emtinghausen bis nach Heiligenfelde. Die Zweite erstreckt sich mit etwa 28 Kilometern zwischen Verden und Rethem. Einer der längsten Salzstöcke in der Region befindet sich jedoch in der Samtgemeinde Sottrum. 55 Kilometer führt dieser unterirdisch von Ostervesede, Scheeßel und Taaken bis nördlich nach Breddorf. Es ist genau dieser Salzstock, der seit einigen Tagen in der Samtgemeinde im Landkreis Rotenburg für große Aufregung sorgt. Bereits im Oktober kursierte dort die Information, dass der Reeßumer Ortsteil Taaken ein potenzielles Endlager für Atommüll sein könnte, nach Meinung der Anti-Atom-Organisation „Ausgestrahlt“. Diese hatte vor zwei Monaten eine Liste mit 129 Orten veröffentlicht, die womöglich als Endlager infrage kommen.

Auch Thedinghausen ist dort aufgeführt. Laut Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) könnte eine Einlagerung der Abfälle jedoch frühestens ab 2050 erfolgen – sofern Taaken oder Thedinghausen als Lagerstätte überhaupt in Betracht gezogen werden. Bürgerversammlung in Taaken. „Da die Suche laut Gesetz auf Regionen mit Salz-, Kristallin- und Tonvorkommen begrenzt ist, ergeben sich daraus erste Anhaltspunkte, welche Gebiete betroffen sein können“, erklärt Jochen Stay, Sprecher von "Ausgestrahlt". „Aufgrund vorhandener Studien haben wir die Regionen identifiziert, die mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit davon ausgehen können, in die Suche einbezogen zu werden.“ Offiziell sind diese Angaben jedoch nicht. In einer ersten Bürgerversammlung in Taaken, die jetzt stattgefunden hat, beschäftigten sich die Bewohner mit dem Thema. „Wir haben versucht, den Verfahrensablauf der Standortsuche so gut wie möglich zu erklären“, erläutert Reeßums Bürgermeister Marco Körner. Dennoch gingen Ängste und Ohnmachtsgefühle um. „Die Bürger fragen sich, was sie machen können. Darum wollen wir schon früh aktiv werden.“ Körner hoffe, dass sich eine Bürgerinitiative gründen lässt, die sich auch in den nächsten Jahrzehnten gegen ein Atommüll-Endlager engagiert. Am 7. Februar, 19 Uhr, wird im Mehrzweckgebäude Reeßum eine zweite Informationsveranstaltung stattfinden. Obwohl Thedinghausen auch auf einem Salzstock liegt und somit auf der Liste der Anti-Atom-Organisation steht, wisse man in der Samtgemeinde darüber noch nichts. „Aus meiner Sicht erscheint es extrem unwahrscheinlich, dass hier im Nahbereich der Großstadt Bremen ein Atommülllager eingerichtet wird. Da bleibt die weitere Entwicklung abzuwarten“, sagt Harald Hesse, Bürgermeister der Samtgemeinde. Altes Datenmaterial. Für ihre Recherche hat „Ausgestrahlt“ Datenmaterial der Kernbrennstoff-Wiederaufbereitungs-Gesellschaft (Kewa) aus den Jahren 1974 bis 1976 und der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe aus dem Jahr 1995 herangezogen. Hieraus ergeben sich 129 Standorte in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bremen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt, die über geologische Salzstrukturen verfügen und möglicherweise für eine Endlagerung in Frage kämen. Jedoch stellt Monika Hotopp, Pressesprecherin der BGE, klar, dass jene Datensätze nicht aussagekräftig seien: „Die derzeit in Umlauf gebrachten Karten enthalten altes Datenmaterial und stellen für uns keine Grundlage für die weitere Suche dar.“ Die BGE ist unter anderem für die Standortsuche von Atommüllendlagern verantwortlich. Dieser Suchprozess wurde offiziell im September 2017 gestartet, somit befindet sich die BGE noch in der ersten Phase. „Konkret bedeutet dies, dass wir für das gesamte Bundesgebiet geowissenschaftliche Daten bei den Bundes- und Landesbehörden abgefragt haben und alle Gebiete im Hinblick auf die Eignung zur Einlagerung radioaktiver Abfälle überprüfen werden“, erläutert Hotopp, „derzeit können noch keine Aussagen über einzelne Gebiete getroffen werden, da wir uns noch in der Phase der Anwendung der Ausschlusskriterien und

Mindestanforderungen befinden.“ Eine offizielle Karte der BGE mit denkbaren Standorten zur Atommülllagerung gebe es daher noch nicht. Kriterien zur Standortauswahl. Grundlage für die Endlagersuche ist das Standortauswahlgesetz (StandAG). Das wissenschaftsbasierte und transparente Verfahren ist sehr komplex. Der erste Schritt widmet sich den Ausschlusskriterien. Dazu gehören vulkanische Aktivitäten, Erdbebengefahr, Bergbau und Bohrungen, geologische Hebungen, aktive Störungszonen (etwa Brüche in Gesteinsschichten der oberen Erdkruste) oder jüngere Grundwasservorkommen. Ein Gebiet ist nicht als Endlagerstandort geeignet, wenn eines dieser Kriterien dort erfüllt ist. Ebenso sind auch die Mindestanforderungen, die ein Gebiet erfüllen muss, um als Endlager genutzt zu werden, im Standortauswahlgesetz festgelegt. Dort heißt es, dass zwischen der Erdoberfläche und dem eingelagerten Atommüll mindestens 300 Meter liegen müssen. Zusätzlich muss eine mindestens 100 Meter dicke und wasserundurchlässige Schicht aus Kristallin-, Salz- oder Tongestein vorhanden sein. Diese Voraussetzungen müssen zudem mindestens einen Zeitraum von einer Millionen Jahre überdauern. Gebiete, die die BGE für geeignet hält, werden im „Zwischenbericht Teilgebiete“ veröffentlicht und im Rahmen der gesetzlich vorgesehenen Teilgebietekonferenz durch das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit öffentlich gemacht. „Die Veröffentlichung des Zwischenberichtes ist für das Jahr 2020 vorgesehen. Der Bericht wird für alle Bürger zugänglich sein“, sagt Monika Hotopp. Über weitere Erkundungen entscheidet schließlich der Bundestag. Es ist jedoch zu erwarten, dass die Standortentscheidung frühestens im Jahr 2031 getroffen und eine Einlagerung frühestens ab dem Jahr 2050 erfolgen wird: https://www.weser-kurier.de/region/achimer-kurier_artikel,-auf-uraltm-salz-gebaut-_arid,1793714.html

.) Vorwürfe gegen Engie: Messprobleme beim belgischen Atommeiler Tihange 2 -
Schwere Vorwürfe gegen den Betreiber der belgischen Kernkraftwerke: Nach einem Bericht des belgischen Rundfunks RTBF soll es Probleme bei der Leistungsmessung des umstrittenen Meilers Tihange 2 geben. Zunächst sprach der Sender davon, dass Betreiber Engie-Electrabel 17 Jahre lang keine korrekten Messungen vorgenommen habe, nahm diese erheblichen Anschuldigungen aber zurück. Ein Informant sprach von einer „ernsten Situation“. Die Leistung werde regelmäßig überprüft, erklärte Unternehmenssprecherin Anne-Sophie Hugé gegenüber unserer Zeitung. Dabei werde der Druck des Wassers kontrolliert. Alle 18 Monate würden die Messgeräte kalibriert. Freiwillig würde man außerdem die Messgeräte von externen Beratern prüfen lassen. Bei der jüngsten Messung sei dabei eine Differenz zwischen dem internen und dem externen Messergebnis aufgefallen. „Das haben wir unverzüglich der belgischen Atomaufsichtsbehörde Fanc gemeldet“, sagte Hugé. Man analysiere die Zahlen jetzt. Hugé widersprach der Schlussfolgerung von RTBF, dass der Reaktor

über der von der Fanc genehmigten Leistung betrieben worden sei. „Dafür gibt es keinen Anhaltspunkt.“ Gefahr bestehe ohnehin nicht, weil Tihange 2 derzeit nicht in Betrieb ist. Es laufen Tihange 1, Doel 3 und 4. Tihange 3 könnte aber schon im Januar wieder ans Netz gehen. Der belgische Netzbetreiber Elia betonte die Wichtigkeit, weil die Wartung von Doel 1 und 2 länger dauern wird als ursprünglich geplant. Das hatte Engie diese Woche bekanntgegeben. Die Angst vor Stromknappheit besteht nach wie vor in Belgien: https://www.aachener-zeitung.de/nrw-region/messprobleme-beim-belgischen-atommeiler-tihange-2_aid-35242439

.) Umweltverbände - Strafanzeige nach Brand in Lingener Brennelementefabrik -

Nach dem Brand in der Lingener Brennelementefabrik haben verschiedene Umweltverbände nach eigenen Angaben bei der Staatsanwaltschaft Osnabrück eine Strafanzeige eingereicht. "Das Vertrauen in eine sachgemäße Aufklärung durch den Betreiber der Brennelementefabrik Lingen, der französischen Framatome/ANF, ist geschwunden, nachdem die Firma immer neue Versionen zum Tathergang veröffentlichte", heißt es in einer gemeinsamen Mitteilung des Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, des Eltervereins Restrisiko Emsland, der Arbeitskreise Umwelt Schüttdorf und Gronau sowie des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz. Dabei gehe es zunächst um die möglichen Tatbestände der Bodenverunreinigung (§ 324 Strafgesetzbuch), der Luftverunreinigung (§ 325 StGB) sowie des unerlaubten Umgangs mit radioaktiven Stoffen und anderen gefährlichen Stoffen (§ 328 StGB). Fahrlässiges Verhalten? Auf einer Sitzung des Lingener Umweltausschusses sei herausgekommen, dass Framatome anscheinend nicht wisse, wo in dem vom Brand betroffenen Labor das freigesetzte Uran konkret verblieben ist, da alles vom Löschschaum der Feuerwehr bedeckt sei. "Angesichts der schweren Schäden und möglichen radioaktiven Belastung des Labors stellt sich die Frage, ob der betroffene Bereich nicht völlig abgerissen und komplett als Atommüll sicher entsorgt werden muss. Auch stellt sich die Frage, ob der Brand nicht durch fahrlässiges Verhalten hervorgerufen wurde", schreiben die Umweltverbände weiter. Langer Fragenkatalog. Die Verbände erwarten von der Staatsanwaltschaft Osnabrück, dass sie die Ermittlungen zu dem Brand mit Nachdruck voranbringt. Ein Brand im nuklearen Bereich sei keine Kleinigkeit. "Wenn mehrere hundert Gramm Uran in einem Raum nicht mehr ohne weiteres zu finden sind, ist das äußerst gravierend. Hier hätten jederzeit Mitarbeiter von Framatome sowie Feuerwehrleute, Polizisten und Bürger aus Lingen direkt betroffen sein können. Gab es hier nachlässiges Verhalten? Wurden Sicherheitsbestimmungen missachtet oder Kontrollen unterlassen? Warum gab es keine automatische Warnmeldung an die Einsatzleitstelle des Kreises? Der Fragenkatalog ist lang", wird Christina Burchert vom Arbeitskreis Umwelt Schüttdorf in der Mitteilung der Umweltverbände zitiert:

.) Saalekreis Kein Atommüll-Endlager in Grube Teutschenthal - Erst Gestank und nun ein Endlager für Atommüll? Die Grube in Teutschenthal bereitet den Anwohnern viel Kummer. Doch zumindest beim Thema radioaktive Abfälle gibt es Entwarnung. Das Wirtschaftsministerium von Sachsen-Anhalt hat einen Bericht zurückgewiesen, wonach in der Grube Teutschenthal möglicherweise radioaktive Abfälle eingelagert werden sollen. Ministeriumssprecher Matthias Stoffregen sagte MDR SACHSEN-ANHALT am Dienstag in Magdeburg, radioaktive Abfälle dürften nach geltender Rechtslage ausschließlich in dafür genehmigten Endlagern des Bundes entsorgt werden. Außerdem müsse die Einlagerung auch von der Versatzverordnung gedeckt sein. "Es gibt weder einen Antrag noch eine Genehmigung, derartige Abfälle für den Versatz in der Grube Teutschenthal zu verwenden," so Stoffregen weiter. Man beobachte sehr genau den laufenden Prozess zur geplanten Novellierung der Strahlenschutzverordnung. Allerdings sehe auch diese nicht vor, radioaktive Abfälle in Versatzbergwerke einzubringen. Dafür in Frage käme allenfalls nicht-radioaktiver Bauschutt aus kerntechnischen Anlagen, der nicht unter die Strahlenschutzverordnung oder das Atomrecht falle. Endlager für belasteten Bauschutt? Die Städtische Zeitung aus Halle hatte am Sonntag berichtet, die Grube Teutschenthal könnte zum Endlager für schwach radioaktiv belasteten Bauschutt und andere feste Stoffe werden. Die Zeitung bezog sich auf einen Brief des Betreibers des stillgelegten Bergwerkes, die Bergwerkssicherungsgesellschaft GTS, an das Bundesumweltministerium in Berlin. Darin soll sich GTS-Geschäftsführer Hans-Jürgen Schmidt dafür eingesetzt haben, dass diese Stoffe künftig in Versatzbergwerken wie Teutschenthal gelagert werden können. Von Seiten der GTS war am Dienstag keine Stellungnahme zu bekommen. 400 Beschwerden wegen Gestanks. Die Grube in Teutschenthal sorgte zuletzt immer wieder mit unangenehmen Gerüchen für Schlagzeilen. Seit mehreren Jahren wird die alte Grube mit Industrieabfällen gefüllt. Nach Angaben des Landesamtes für Geologie und Bergwesen sind seit dem Sommer etwa 400 Beschwerden von Einwohnern wegen des Gestanks eingegangen. Deswegen hat sich nun auch der Landtag mit der Grube im Saalekreis beschäftigt. Wirtschaftsminister Armin Willingmann versprach, dass an einer Lösung gearbeitet werde. Sollte sich die Situation in einem Monat nicht bessern, schließt aber auch er einen Einlagerungsstopp nicht aus. Er und Ministerpräsident Reiner Haseloff verwiesen jedoch darauf, dass die Befüllung der Grube zur Sicherung der gesamten Flächen auch des bewohnten Raums dient. Wegen der Geruchsbelästigungen in Teutschenthal soll es zunächst vor Ort Messungen und Analysen von Experten geben: <https://www.mdr.de/sachsen-anhalt/halle/saalekreis/kein-atommuell-endlager-in-grube-teutschenthal-100.html>

.) Asse: Gesamtplan für Bergung soll 2019 stehen - Seit mehr als 50 Jahren lagern Fässer mit radioaktivem Abfall in der Asse bei Remlingen (Landkreis Wolfenbüttel). Die Zeit für die Rückholung drängt, weil täglich Wasser in die marode Anlage einströmt. Eine Stilllegung ist jedoch weit entfernt - frühestens im Jahr 2033 könnte es nach bisherigen Angaben der zuständigen Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) soweit sein. Die BGE will nun bis Ende 2019 konkrete Pläne für den nötigen Schachtbau, die Rückholung und die Zwischenlagerung vorlegen. Dies kündigte BGE-Geschäftsführer Stefan Studt in der "Braunschweiger Zeitung" an. Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies hat das Atommüll-Lager Asse bei Remlingen besucht. Im Anschluss stellte er sich den Fragen von Bürgern und Initiativen. Video (01:29 min) BGE-Chef: "Wir befinden uns in einem Wettlauf" Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies (SPD) hatte einen solchen Gesamtzeitplan für die Räumung der Asse jüngst bei einem Besuch des Atommüll-Lagers Anfang Dezember gefordert. Die Rückholung des Mülls sei "ein Milliardenprojekt von zentraler Bedeutung" für das Land, sagte Lies. Studt, seit gut drei Monaten Chef der BGE, warb um Verständnis. "Auch ich hätte gerne Meilenstein für Meilenstein, den wir monatlich abhaken können. Das haben wir in der Tat so noch nicht. Dass, was wir da machen, ist weltweit einzigartig", sagte Studt der Zeitung. Er könne nicht versprechen, dass die radioaktiven Abfälle aus der Asse tatsächlich an die Oberfläche geholt würden. Die BGE habe aber den Auftrag, das zu realisieren. "Wir befinden uns in einem Wettlauf, den Müll zu bergen, bevor uns mit der Asse etwas passiert", sagte Studt. Bürgerinitiative drängt zur Eile. In das frühere Salzbergwerk Asse II waren zwischen 1967 und 1978 etwa 120.000 Fässer mit schwach und mittelradioaktiven Abfällen sowie Chemiemüll gebracht worden. Darunter sind auch mindestens 28 Kilogramm des äußerst giftigen Stoffes Plutonium. Weil täglich mehrere Tausend Liter Wasser in das Lager eindringen, sollen die Fässer herausgeholt werden. Eine Bürgerinitiative drängt zur Eile, weil immer größere Mengen Wasser in die Asse einlaufen: https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/braunschweig_harz_goettingen/Ass-e-Gesamtplan-fuer-Bergung-soll-2019stehen,asse1482.html **.) Brennelementefabrik in Lingen sofort stilllegen!** Am 6. Dezember kam es im nuklearen Teil des im emsländischen Lingen ansässigen Betriebs des Konzerns Framatome/ANF zu einer Explosion mit anschließendem Brand. In dieser Fabrik werden seit 40 Jahren Brennelemente für Druck- und Siedewasserreaktoren hergestellt. Diese werden vor allem an störungsanfällige Atomkraftwerke im benachbarten Ausland geliefert. Dieser Zwischenfall war schon der dritte in diesem Jahr und zeigt welche Gefahrenquelle dieser Betrieb ist. Zusammen mit den weiteren meldepflichtigen Ereignissen in den letzten Wochen ergibt sich das Bild, dass die 40 Jahre alte Brennelementefabrik inzwischen altersschwach und nicht mehr im ausreichenden Maße sicherheitstechnisch betriebsfähig ist. In den ersten offiziellen Meldungen war lediglich von einem Brand im nicht radioaktiven Teil die Rede, was sich im

Nachhinein als Falschinformation herausstellte. Die Betreiber korrigierten das dann und bestätigten, dass es eine Explosion mit anschließendem Brand im nuklearen Teil der Fabrik gab. Ursache der Falschmeldung sei die verwendete Fachsprache, sie habe zu dem Missverständnis geführt. Vom niedersächsischen Umweltministerium gab es dann auch gleich eine beschwichtigende Meldung, es sei zu keiner Gefährdung der Mitarbeiter, der Umwelt noch der Bevölkerung gekommen. Natürlich gab es auch wieder von Seiten der Stadt Standardaussagen wie "für den Betrieb gelten höchste Sicherheitsstandards zum Schutz der Bevölkerung" und "Ermittlungen der Ursache des Brandes sei wichtig um derartige Unfälle künftig ausschließen zu können". Diese Art der Informationspolitik der Verantwortlichen hat zu erheblichem Verlust des noch vorhandenen Vertrauens der Bevölkerung geführt. Ob es tatsächlich zu keiner Freisetzung von Radioaktivität gekommen ist, müssen erst noch Messungen belegen. Hierzu gibt es die klare Forderung, nicht nur der Umweltinitiativen, dass dies von unabhängigen Instituten gemacht werden muss. Doch für die meisten ist "das Fass übergelaufen". Und so meldeten der BUND und eine örtliche Bürgerinitiative für den 13. Dezember eine Mahnwache vor dem Neuen Rathaus in Lingen an. Doch die Stadtverwaltung hat nicht nur nichts zur Aufklärung beigetragen, sondern hat sogar eine Mahnwache vor dem Rathaus verhindert. Die Genehmigung wurde mit der Begründung verweigert, es handle sich hier nicht um einen öffentlichen Raum, sondern dieser Platz gehöre der Stadt Lingen. Da aber in der Vergangenheit Kundgebungen an dieser Stelle meist kein Problem waren, wurde nicht ohne Grund von den Anmelde*innen vermutet, dass den Verantwortlichen der Stadt Lingen die Gewinne von Framatome/ANF – natürlich wird das Argument Arbeitsplätze vorgeschoben - wichtiger sind als die Unversehrtheit der Bürger*innen. Da der Platz vor dem Neuen Rathaus nicht genehmigt wurde, riefen der Elternverein Restrisiko Emsland, der Arbeitskreis Umwelt Schüttorf, das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, der BUND Emsland sowie der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) zu einer Protestmahnwache vor dem Bahnhof in Lingen auf. Das Motto lautete "genug ist genug". Jetzt Atomanlage endgültig stilllegen. Von den Redner*innen dort wurde die sofortige Stilllegung der Brennelementefabrik und dem noch im Betrieb befindlichen AKW Emsland gefordert. Natürlich gab es auch heftige Kritik an der Informationspolitik des Betriebes und der öffentlichen Stellen. Teilnehmer*innen fragten sich was noch verschwiegen wird und ob der Betrieb wirklich zurzeit stillsteht. "Seit Jahren beliefert Lingen vor allem die störanfälligsten Atomkraftwerke im benachbarten Ausland – von den belgischen Rissereaktoren Tihange und Doel bis zu den französischen Pannenmeilern Fessenheim und Cattenom. Auch im Koalitionsvertrag in Berlin wird ein Exportstopp für Brennelemente anvisiert. Nun erweist sich die Brennelementefabrik selbst als enorme Gefahrenquelle für die Region. Niedersachsens Umweltminister Lies und Bundesumweltministerin Schulze müssen jetzt die Konsequenzen ziehen und die

Atomanlage endgültig stilllegen, da der Betrieb nicht mehr zu verantworten ist," sagte Christina Burchert vom Arbeitskreis Umwelt Schüttrorf. Nach der Kundgebung am Bahnhof formierte sich eine spontane Demonstration zum Neuen Rathaus in Lingen. Dort wurde mit Nachdruck kritisiert, dass sich der Lingener Stadtrat, der am Nachmittag getagt hatte, nicht mit dem Störfall in der Brennelementefabrik befasst hat. "Das Verhalten der Atommafia zeigt, dass sie für Profit zu allem bereit sind, natürlich auch um das klar zu sagen, die Unwahrheit zu sagen", meint Ralf Czogalla von der marxistischen linken Emsland. Und weiter: "Die Gefährdung der Menschen und der Natur sind ihnen da vollkommen egal! Schon seit längerer Zeit gibt es die Lingen-Resolution mit der die Stilllegung der Atomanlagen in Lingen gefordert wird." In dieser Resolution heißt es: "Wir kommen ohne Atomstrom aus und wollen nicht, dass aus Deutschland auch in Zukunft Brennelemente für den Betrieb von Atomkraftwerken in anderen Ländern exportiert werden. Wer aus der Atomenergie in Deutschland aussteigen will, muss auch die Brennelementeproduktion stoppen. Dass das möglich ist, wurde bereits vor 25 Jahren mit der Stilllegung der hessischen Brennelementefabriken in Hanau bewiesen. Wir fordern deshalb von der niedersächsischen Landesregierung und der Bundesregierung die sofortige Stilllegung des AKW Emsland sowie der Brennelementefabrik Lingen. Die Zeit für einen echten Atomausstieg ist auch im Emsland mehr als reif." Diese Resolution wird inzwischen von 356 lokalen Unterstützern, regionale Organisationen und landes- und bundesweite sowie internationale Verbände unterstützt. "Auch wir, die marxistische linke Emsland gehören dazu", so Ralf Czogalla:

http://www.kommunisten.de/index.php?option=com_content&view=article&id=7410:genug-ist-genug-brennelementefabrik-in-lingen-sofort-stilllegen&catid=119:ml-regionalgruppe-emsland - -

.) Suche nach Atommüll-Lager - Bis 2031 soll ein Ort in Deutschland gefunden sein, wo die Hinterlassenschaften der Atomindustrie verwahrt werden. Das Vogtland kommt nicht in Frage - könnte aber betroffen sein. 129 Landkreise und kreisfreien Städte, die von der Suche nach einem Lager für hochradioaktiven Atommüll betroffen sein können: Gelb steht für Tonschichten, Grün für Kristallingestein/Granit und Rot für Salzstöcke. Foto: Foto: ".ausgestrahlt"/© Mapbox © OpenStreetMap - Plauen - Die Anti-Atom-Organisation ".ausgestrahlt" hat eine Deutschlandkarte veröffentlicht, in der 129 Landkreise und kreisfreie Städte eingezeichnet sind, die von der Suche nach einem Lager für hochradioaktiven Atommüll betroffen sein können, da es auf ihrem Gebiet oder in direkter Nachbarschaft entsprechende Gesteinsformationen gibt. Das teilt die Organisation mit. Demnach könnte auch der Vogtlandkreis betroffen sein, da in direkter Nachbarschaft entsprechende geologische Formationen existieren: In Oberfranken, im Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge, gibt es geeignete Granitfelsen. Weiter heißt es in der ".ausgestrahlt"-Mitteilung: Die Suche für ein solches langfristiges Lager wurde 2017 neu gestartet und soll bis 2031 abgeschlossen sein. "Da die Suche laut Gesetz auf Regionen mit

Salz-, Kristallin- und Tonvorkommen begrenzt ist, ergeben sich daraus erste Anhaltspunkte, welche Gebiete betroffen sein können", erklärt Jochen Stay, ".ausgestrahlt"-Sprecher. "Auf Grund vorhandener Studien, etwa von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, haben wir die Regionen identifiziert, die mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit davon ausgehen können, in die Suche einbezogen zu werden. Wichtig ist uns der Hinweis, dass die in der Karte eingezeichneten Gebiete noch nicht von offizieller Seite ausgewählt sind, jedoch auf Grund ihrer geologischen Voraussetzungen potenziell für das Standortauswahlverfahren infrage kommen." In Sachsen kommen ".ausgestrahlt" zufolge theoretisch insgesamt vier Landkreise als Orte für die Lagerstätte in Frage, weil es dort Kristallingestein/Granit gibt: Görlitz, Bautzen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und Mittelsachsen. Auch das Gebiet der Stadt Dresden erfülle die Bedingungen. ".ausgestrahlt" ist laut Stay eine 2007 gegründete Anti-Atom-Organisation mit Sitz in Hamburg, die bundesweit Atomkraftgegner darin unterstützt, aus ihrer Haltung öffentlichen Protest zu machen. Man veröffentliche die Karte bereits jetzt, damit Betroffene sich frühzeitig informieren können und selbst aktiv werden. "Denn das vom Bundestag beschlossene Standortauswahlverfahren gibt den Menschen in den entsprechenden Regionen keine Mitbestimmungsrechte. Wir fordern: Die Menschen, die am Ende mit dem Risiko leben müssen, dürfen nicht übergangen werden", schiebt Stay. Die interaktive Karte ist im Internet zu finden wie die Liste der 129 Landkreise und kreisfreien Städte, die von der Suche nach einem tiefeingeologischen Lager für hochradioaktiven Atommüll betroffen sein können, da es auf ihrem Gebiet oder in direkter Nachbarschaft entsprechende Gesteinsformationen gibt: <https://www.vogtland-anzeiger.de/vogtland/suche-nach-atommuell-lager-artikel10396082>

.) Etschenberg verkündet: Eine Klage gegen belgischen Meiler Tihange 2 gescheitert - Die Städteregion Aachen und ihre Partner in Deutschland, Luxemburg und den Niederlanden sind mit einer von zwei Klagen gegen das umstrittene belgische Kernkraftwerk Tihange 2 gescheitert. Die Klage sei aus formellen Gründen abgewiesen worden, teilte der Chef der Städteregion Aachen, Helmut Etschenberg (CDU), am Donnerstagabend in Aachen mit. Die Dreiländerregion hatte unter Federführung der Städteregion gegen die Wiederinbetriebnahme des Meilers im Dezember 2015 geklagt. Wegen kleiner Risse im Reaktorbehälter ist die Sicherheit des Meilers umstritten. Mit einer zweiten sogenannten Betroffenheitsklage wollen Kommunen, Personen und Unternehmen erreichen, dass Tihange 2 stillgelegt wird. Sie begründen dies mit der persönlichen Betroffenheit im Falle eines schweren Atomunfalls. Vor dem Gericht der ersten Instanz in Brüssel hat die Städteregion nach eigenen Angaben dabei neue Argumente eingebracht: So verwies sie auf bröckelnden Beton in Überdruckbereichen. Es bestünden erhebliche Zweifel, dass

das Gebäude bei außergewöhnlichen Ereignissen wie einem Flugzeugabsturz standhielte: https://www.aachener-zeitung.de/nrw-region/klage-der-staedtereion-gegen-belgischen-meiler-tihange-2-gescheitert_aid-35117335

.) **Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen in der Nähe Wohngebieten**, keine neuen Atomanlagen in der Nähe von Wohngebieten - Eindringen von Salzlaugen in die Schachtanlage Asse II, Auffinden von durchrosteten Fässern in Zwischenlagern und in der Landessammelstelle in Leese, Freisetzung von radioaktiver Strahlung bei Eckert und Ziegler in Braunschweig-Thune und nun der Brand in einer Brennelemente-Fabrik in Lingen zeigen auf, welche Risiken mit Atomanlagen aller Art verbunden sind. Sie zeigen aber auch auf, dass das Denken der Betreiber auf das „Herunterspielen“ von Risiken ausgerichtet ist. Dabei verwundert es nicht, dass der Betreiber der Brennelemente-Fabrik in Lingen erst behauptete, der Brand sei im nichtnuklearen Bereich entstanden. Erst vier Tage nach dem Brand gab der Betreiber auf Nachfrage des NDR zu, dass der Brand doch im nuklearen Bereich ausgebrochen sei. Wenn der Betreiber dies als Missverständnis abtut, dass auf die „vom Unternehmen verwendete Fachsprache“ zurückzuführen sei, lässt mehr als nur den Verdacht entstehen, dass die tatsächliche Gefahr der Öffentlichkeit vorenthalten werden sollte. Wer als Betreiber einer Anlage, als Aufsichtsbehörde und als Politiker tätig ist, steht in der Pflicht, ernsthaft und glaubwürdig den Schutz der Bevölkerung vor Risiken der Atomindustrie zu betreiben. Der Blick muss auf das „was hätte passieren können“ gerichtet sein. Ein Ausruhen darauf, dass „ja alles gut gegangen ist“ oder so dargestellt werden kann, ist verantwortungslos. Für Genehmigungsverfahren müssen die größtmöglichen Risiken der Maßstab sein. Daher müssen die Genehmigungen für bestehende Atomanlagen überprüft werden. Zukünftige Anlagen, wie die Anlagen, die mit der Bergung des Atommülls in der Schachtanlage Asse II notwendig werden, müssen an den gleichen Maßstäben gemessen werden. Eine Position, dass ein Zwischenlager an der Asse für die Bergung des Atommülls nahezu zwingend sei, wie es der ehemalige Präsident des BfS und Betreiber der Schachtanlage Asse II (Wolfram König) verkündet habe, ist nicht haltbar. Die aufgetretenen Pannen zeigen, dass das Vertrauen auf eine ausschließliche technisch hergestellte Sicherheit mit hohen Risiken behaftet ist. Eine hundertprozentige Sicherheit technischer Anlagen kann es nicht geben. Daher können bestehende und zukünftig notwendige Atomanlagen nicht unmittelbar in der Nähe von Wohngebieten und Schulen betrieben werden. Dies gilt auch für ein notwendiges Zwischenlager für den zu bergenden Atommüll aus der von Beginn an verantwortungslosen Einlagerung von Atommüll in der gebrauchte Schachtanlage Asse II. Die WAAG fordern verbindliche Mindestabstände von unvermeidlichen Atomanlagen von der Wohn- und zivilen Bebauung. Sie fordern die kommunalpolitischen Gremien auf, in diesem Sinne ihrer Verpflichtung für die

Bevölkerung tätig zu werden: <https://waagwf.wordpress.com/2018/12/12/brand-in-der-brennelementefabrik-in-lingen-macht-deutlich-sofortige-stilllegung-aller-atomanlagen-in-der-nahe-wohngebieten-keine-neuen-atomanlagen-in-der-nahe-von-wohngebieten/>

.) Angst vor einem atomaren Endlager - Was wäre wenn? „Wenn es einen Zwischenfall in Landshut gibt, dann ist mein Hab und Gut wertlos“, sagt Armin Groß, der erst vor wenigen Jahren sein Gästehaus teuer sanieren ließ. Radioaktive Strahlung macht vor einer Landkreisgrenze nicht halt. Entsprechend viel Angst hat Armin Groß aus Neumarkt-St. Veit vor einem Störfall im Zwischenlager bei Niederaichbach, wo bis 2047 Atommüll eingelagert werden soll. Er befürchtet ein Endlager“ – und das in nicht einmal 40 Kilometer Entfernung. Neumarkt-St. Veit – „Tschernobyl liegt Tausende Kilometer von uns entfernt. Und noch heute, über 30 Jahre nach der Havarie des dortigen Atomkraftwerkes, strahlen bei uns die Schwammerl im Wald.“ Nach Niederaichbach hingegen sind es keine 40 Kilometer. Dort wird seit 2007 Atommüll eingelagert. Und die Sorge wächst, dass aus dem Zwischenlager mit dem klangvollen Namen „Bella“ ein Endlager werden könnte, weil es an Alternativen mangelt. Den Unmut darüber hat Armin Groß schon vor drei Wochen bei der Bürgerversammlung von Neumarkt-St. Veit geäußert. Der Unternehmer sorgt sich in erster Linie um seine Sicherheit, befürchtet, dass die Deckendicke des Atomlagers „Bella“ von nur 55 Zentimetern dem Absturz einer größeren Verkehrsmaschine nicht standhalten würde. Bürgermeister Erwin Baumgartner hatte bei der Versammlung darauf verwiesen, dass die Lagerung von Atommüll Bundesangelegenheit sei (wir berichteten). Doch damit will sich Groß nicht abspeisen lassen. Denn während sich der Landkreis Mühldorf offensichtlich noch im Dornröschenschlaf befindet, brodelt es im benachbarten Landkreis Landshut: Bürgermeister und Landrat bekunden öffentlich ihre Sorge, dass im Lager in Niederaichbach nicht nur radioaktive Abfälle der Kernkraftwerke Isar 1 und Isar 2 deponiert werden. Groß ist die Befürchtung, dass fremde Castoren, etwa aus Frankreich und Großbritannien, nach Niederbayern hinzu kommen. Ein entsprechender Antrag zur Lagerung von bis zu sieben Castor-Behältern hat das Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit bestätigt (siehe Infobox unten). Und genau hier setzt der Protest der Bürger und der Widerstand der Kommunalpolitiker an. Eindeutig hatten sich Landrat Peter Dreier und die Bürgermeister Dieter Neubauer (Essenbach) und Josef Klaus (Niederaichbach) schon vor einem Jahr gegen eine „heiße Zelle“ positioniert, weil sich mit ihr „massiv die Gefahr erhöhen würde, dass aus dem hiesigen Standortzwischenlager ein Endlager wird“. Das heißt, eine Lagerung über die geplante Laufzeit bis 2047 hinaus. Hier „fordern wir weiterhin Rechtsgarantien, dass kein De-facto-Endlager am Standort Isar entstehen wird“, heißt es in einer Pressemitteilung aus dem Landratsamt, datiert auf Oktober 2017. An dieser Meinung hat sich nichts geändert. Die beantragten

sieben Castoren „gehören nicht in standortnahe Zwischenlager, sondern in das dafür vorgesehene Zwischenlager in Gorleben“, betont Niederaichbachs Bürgermeister Josef Klaus. Die Gemeindechefs des Landkreises Landshut haben inzwischen reagiert und sich bei der Bürgermeisterversammlung Ende November einstimmig für eine Resolution an den Deutschen Bundestag ausgesprochen, damit keine weiteren Castoren eingelagert werden. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, haben sich viele Gemeinden und auch der Landkreis Landshut der Petition angeschlossen, die Niederaichbachs Bürgermeister Josef Klaus initiiert hat. Diese Petition beinhaltet die Forderung, dass die Castoren dort eingelagert werden, wo alle bisher zurückgelieferten Castoren eingelagert wurden: „Der Deutsche Bundestag möge beschließen, die insgesamt 26 Castoren mit hoch- und mittelradioaktiven Abfällen aus den Wiederaufarbeitungsanlagen in Sellafield (UK) und La Hague (F) in Gorleben zwischen zu lagern. Dieses Zwischenlager sei schließlich dafür geplant, genehmigt und gebaut worden“, heißt es in dieser Petition. Das Brennelementebehälterlager Niederaichbach soll hingegen für die Einlagerung nicht mehr zur Verfügung stehen, „da die Sicherheitseinrichtungen für einen eventuell undichten Fremdcastorentyp nicht vorhanden sind“. Die Einlagerung der sieben Castor-Behälter ist noch nicht genehmigt. Ginge es aber nach Niederaichbachs Bürgermeister Klaus, sollte die Öffentlichkeit beteiligt werden, außerdem fordert er eine Umweltverträglichkeitsprüfung. Eine Lieferung der Castoren sei laut Klaus in den Jahren 2020/21 geplant. Um das zu verhindern will man die Bevölkerung sensibilisieren – eine Unterschriftenaktion läuft bereits in den Landkreisen Landshut und Dingolfing-Landau. Benachbarte Landkreise wie Erding und Mühldorf mit deren Landräten will man ebenfalls einbinden, um sich bei den zuständigen Behörden in Berlin Gehör zu verschaffen, erklärt Bürgermeister Klaus. Der Niederaichbacher Bürgermeister ist zugleich Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Asketa“, ein Zusammenschluss aller Standortgemeinden mit kerntechnischen Anlagen, die in Zusammenarbeit mit einem Rechtsanwalt für die Gemeinde Niederaichbach negativen Entwicklungen direkt entgegenwirken will. Klaus: „Uns ist bewusst, dass das ein Kampf gegen Windmühlen ist. Nichtsdestotrotz möchten wir die Einlagerung mit allen legalen Mitteln verhindern und hierzu nichts unversucht lassen.“ Und so sieht es auch der Neumarkt-St. Veiter Armin Groß: „Ich habe in den vergangenen Jahren viel Geld in die Sanierung meines Gästehauses gesteckt. Wenn es einen Zwischenfall in Landshut gibt, dann ist mein Hab und Gut wertlos“, spricht er seine Bedenken aus. „Und das hat jetzt nichts mit Hysterie zu tun. Ich wurde damals nicht gefragt, ob ich ein Atomkraftwerk in meiner Nähe haben will. Wenn es nun um ein De-facto-Endlager im benachbarten Niederaichbach geht, dann will ich mich einmischen.“ Groß wirbt für die Unterzeichnung der Petition, um zumindest Castor-Behälter aus der Region zu verbannen. Dieses Mitspracherecht sollten alle Bürger ernst nehmen. „Denn für eine radioaktive Wolke sind 40 Kilometer gar nichts!“: <https://www.ovb-online.de/muehldorf/neumarkt-st-veit/angst-einem-atomaren-endlager-10846267.html>

.) Prozessbericht Anti-Atom-Aktion: Landgericht Hamburg misslingt

Einschüchterung - Am Freitag 11. Jan. 2019 fing die Berufsverhandlung einer Anti-Atom-Aktivistin vorm Landgericht Hamburg an, der vorgeworfen wird eine andere Person versorgt zu haben, die sich 2014 vor einem Urantransport angekettet hatte. Gegen das Urteil vom Amtsgericht Hamburg-Harburg von 30 Tagessätzen wegen Beihilfe zu Nötigung und Störung öffentlicher Betriebe hatten Angeklagte und Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt: <https://de.indymedia.org/node/28307>

.) BRUNBÜTTEL/KIEL. Die Bergung der zum Teil stark verrosteten Fässer mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen aus den Kavernen des Kernkraftwerks Brunsbüttel (KKB) ist beendet. Das teilte die schleswig-holsteinische Atomaufsichtsbehörde (Energiewendeministerium) am (17. Januar) in Kiel mit. „Auf dem langen Weg zum endgültigen Atomausstieg können wir nach rund sieben Jahren eine bedauerliche Sonderetappe immerhin mit einem erfreulichen Ergebnis beenden: Obwohl viele der über 600 Fässer in den Kavernen durch Korrosion stark beschädigt waren, ist es im Laufe der Bergungsarbeiten nicht zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen für beteiligte Personen oder für die angrenzende Bevölkerung gekommen – (so jedenfalls stellt es das Ministerium dar) – **hier der Link mit vielen Dokumentarfotos:** <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Kavernen-Brunsb%C3%BCttel-Hintergrund.pdf>

.) Ganz anders berichtet dazu die Initiative Brokdorf-akut (PE Nr. 1/2019) unter der Überschrift “Das Drama mit den Rostfässern ist noch nicht beendet.” Zur Medieninformation des Umweltministers vom 17.1.2019 äußert sich Brokdorf-akut. Auch wenn die Kavernen im AKW Brunsbüttel fast geleert sind, so ist doch der hoch verstrahlte Wasserdampfabscheider in Kaverne 6 verblieben und die Kavernen 1 und 3 wurden wieder versiegelt, ohne dass deren Böden aus Strahlenschutzgründen gereinigt werden konnten.

Diese zusätzlichen Massen an aktiviertem und kontaminierten Material fehlen in der Auflistung des Sicherheitsberichts, der als eine der Unterlagen für die am 21.12.2018 erteilte Rückbaugenehmigung diente. Die Menge an radioaktivem Abfall, der beim Rückbau anfällt, erhöht sich also (ähnlich wie im AKW Stade) gegenüber dem Antrag von Vattenfall.

Umweltminister Albrecht behauptet in seiner PE von heute (17.1.2019), im Laufe der Bergungsarbeiten sei es nicht zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen für beteiligte Personen (also diejenigen, welche die Bergung der Fässer und Reinigung der Kavernen 2 und 4 erledigen mussten) gekommen. Schon im Physikunterricht haben wir gelernt, dass zwischen einer radioaktiven Bestrahlung und dem ersten Auftreten von Gesundheitsbeeinträchtigungen Jahre bis Jahrzehnte liegen können.

Und wenn der Umweltminister feststellt, eine angemessene Sicherheitskultur sei bei

allen Beteiligten auf einem guten Weg, dann muss Brokdorf-akut energisch widersprechen; denn die Atomaufsichtsbehörde fällt nicht darunter. Die hat (PE vom 21.12.2018) behauptet, eine weitere Reduzierung der Ableitung radioaktiver Stoffe über den Schornstein und das Abwasser habe sich nicht mit dem geltenden Strahlenschutzrecht vereinbaren lassen. Diese Position missachtet das Minimierungsgebot. i. A. Eilhard Stelzner, Karsten Hinrichsen:

<http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Drama-mit-den-Rostf%C3%A4ssern.pdf>

.) Infos vom Deutschen Bundestag zu Rückstellungen für den AKW-Abriss:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/062/1906223.pdf>